

Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Gesamtpreis: Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30 Goldpfennige, aus weite Anzeigen 40 Goldpfennige, Kellern-Anzeigen 50 Goldpfennige, amtliche Zeile 20 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1940

Nr. 122

Donnerstag, den 28. Mai 1925

20. Jahrgang

Deutschlands Kriegsschuld!

Der wahre Urheber des Krieges ist nicht der, der ihn erklärt, sondern der, der ihn unvermeidlich macht.

Paris, 26. Mai. Victor Marguerite, der in der „Tribune“ sich regelmäßig mit der Frage der Kriegsverantwortlichkeit beschäftigt, hat heute den ersten Teil seines Werkes, das den Gesamttitel „Die Verbrecher“ führt, erscheinen lassen. Der vorliegende erste Band führt den Untertitel „Der letzte Krieg“. Marguerite behandelt im ersten Kapitel seines Buches die Zeit von 1879—1912, im zweiten Kapitel die Zeit von da ab bis zum Kriegsausbruch und kommt dann schließlich in den Hauptkapiteln des Werkes zu folgenden Schlussfolgerungen: Die französisch-russische Allianz, die bis zum Jahre 1911 den Frieden als Defensivinstrument zu erhalten wußte, wird durch die Militärabkommen von 1906, 1911, 1912 und 13 eine Kriegswaffe. Die Klugheit des Präsidenten Fallières und Caillaux genügt jedoch 1912, um während der zweiten Marokkokrise den Konflikt zu vermeiden. Von 1912 ab, als Poincaré Ministerpräsident geworden war, erkennt man eine klare Entwicklung unserer Außenpolitik. Sie folgt der Politik von Clemenceau. Der Weg nach Straßburg und Metz führt von nun ab durch den Balkan auf Umwegen über Petersburg. Als 1913 Poincaré Präsident der Republik wurde, fährt er fort zu regieren und dank der russischen Geheimfonds, zu denen sich die französischen Unternehmungen gesellen, wird die öffentliche Meinung bezüglich der Balkanaktion auf die Möglichkeit des Krieges vorbereitet. Dann folgt das Drama von Serajewo und die Reise Poincarés-Bianjis an den Hof des Zaren. — In diesem Augenblick waren die französischen und russischen Ansichten und Absichten klar, so daß der russische Kriegsminister General Suchomilow — derselbe, der erklärte:

Rußland ist bereit, Frankreich muß es auch sein!

— in seinen Memoiren schreiben konnte: Ich bin vollkommen davon überzeugt, daß die Wahl zwischen Krieg und Frieden damals entschieden wurde, und zwar in

dem Sinne, daß Großfürst Nikolaus, Sazonow und Poincaré sich das Wort gegeben haben, auf alle Fälle jede friedliche Lösung zum Scheitern zu bringen. Soweit die französische Verantwortlichkeit.

Marguerite spricht alsdann von der englischen Verantwortlichkeit und auch von der Schuld Österreichs und fährt dann fort, Deutschland sei noch schuldiger als Österreich und Rußland, weil es trotz seines mittelmächtigen und impulsiven Kaisers, durch seine hohe Kultur und durch seine treffliche Arbeit am mächtigsten gewesen sei, weil es mehr als jede andere Macht den Frieden hätte aufzwingen können und weil es in seinem blinden Kult für die Kraft am 5. August mit dem barbarischsten aller Kriege den Anfang gemacht habe. In diesem Verbrechen, das alle Verbrechen begangen hätten gebe es allerdings keine einseitige Schuld, sondern eine geteilte Verantwortlichkeit. Warum also diesen Artikel 231 des Vertrages von Versailles, der die Regelung der Reparationsfrage von der Erklärung Deutschlands abhängig mache... weil ich, da ich zuerst angeklagt habe, allein schuldig bin? Schon Montesquieu habe gesagt: „Der wahre Urheber des Krieges ist nicht der, der ihn erklärt, sondern der, der ihn unvermeidlich macht.“ Deutschland hat nicht aufgehört, gegen die Kriegsschuldigung zu protestieren, sie wurde ihm mit Gewalt durch die Drohung mit dem Einfall und der Restriktion aufgebläht. Die Zeit der summarischen Urteile, gegen die es keine Berufung gibt, ist vorüber. Das müssen wir anerkennen oder wir müssen aufhören uns wegen der Proklamierung der Menschenrechte stolz zu zeigen. Solange diese Prozesse nicht von den wirklichen Vertretern geführt werden, solange wird das erzwungene Zugeständnis des Besiegten null und nichtig bleiben. Erst wenn dieses Urteil gefällt sein wird, werden die wieder ausgeblühten Völker ihre Stimmen erheben können, um als Opfer die wahren Verbrecher zu beurteilen.

China marschiert!

Ueber die politischen Vorgänge in China wird Europa wohl ständig auf dem Laufenden gehalten, aber über die umwälzende geistige Umwertung, die sich im Lande der Mitte vollzieht, erfährt man indessen so gut wie nichts. Dank der treibenden Wirkung des europäischen Ferments in dem chinesischen Souverän erlebt China jedoch schon seit Jahren eine höchst interessante Epoche, nicht unähnlich der der Renaissance, die Europa im 16. Jahrhundert in Atem hielt. Noch im Jahre 1895 konnte Sun-Yat-Sen schreiben: „In China ist die Letztzeit von Büchern, die sich auf politische Dinge beziehen, nicht gestattet, und ebenso sind die Tageszeitungen verboten. Was in der Welt der Politik geschieht, wird uns einfach vorenthalten. Die Gesetze der derzeitigen Regierung bleiben der großen Menge unbekannt und ihre Kenntnis beschränkt sich ausschließlich auf den engen Kreis der Mandarinen. Niemand hat bei Todesstrafe das Recht, etwas Neues zu schaffen oder eine Erfindung bekanntzugeben. Auf diese Weise gelang es, das Volk in völliger Unkenntnis zu halten, und die Regierung gibt ihm nur das bekannt, was ihren Zwecken dienlich ist. Die Gebildeten dürfen nur die chinesischen Klassiker und ihre Kommentare lesen, übertreiben sind aber auch diese Werke von allem gereinigt, was etwa als Kritik der Behörden angesehen werden könnte.“

Das war um die Jahrhundertwende der Zustand der chinesischen Kultur, die der unseres Mittelalters durchaus entsprach. Ein paar Jahre haben genügt, um hier einen grundlegenden Wechsel herbeizuführen. Es sind Werte erschienen, in denen philosophisch gekulte Köpfe die Gedankengänge des alten China den philosophischen Systemen des Westens anzupassen bestrebt sind, ungleich bedeutender aber ist die Reform, die Sprache und Schrift erfahren haben. Der Erwerb der Kenntnisse der Klassiker und der Kunst des Lesens und des Schreibens nahm früher die ganze Tätigkeit der Studierenden in Anspruch. Es ist noch nicht lange her, daß eine Anzahl Gelehrter beredete Verschwörer führte über die Reitergebäude, die man darauf verwandte, dem Gedächtnis einen Haufen von literarischen Kenntnissen einzuprägen, eine Arbeit, die dem Studierenden keine Zeit ließ, sich auf sich selbst zu besinnen und seinen eigenen Gedanken nachzugehen. Besonders waren es die Chinesen, die an amerikanischen Universitäten studierten, die gegen das veraltete System Front machten. Ihr Streben ging zunächst darauf hinaus, das Bah-Dua, die Volkssprache, zu vereinfachen und zur Literatursprache umzuwandeln. Es handelt sich bei dem Bah-Dua um einen Dialekt, den neun Fünftel der Bevölkerung des Reiches der Mitte sprechen. Der entscheidende Schritt in dieser Richtung wurde im Jahre 1915, vier Jahre nach der Revolution, von einem Studenten namens Su-Du getan, der in einer angesehenen chinesischen Zeitschrift eine Studie veröffentlichte, in der er an dem Werk eines jungen bekannten Dichters, der sich in Kreisläusen nicht genug tun konnte, eine vernichtende Kritik übte. Diese Kritik war von einem in der Bah-Dua-Sprache verfaßten, bemerkenswerten Gebilde begleitet. Su Du sang hier das Lob der Volkssprache und bewies gleichzeitig, daß diese gelehrt sei, auch die subtilsten Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Der Erfolg war so bedeutend, daß der Verfasser fortan nur noch in der Bah-Dua-Sprache zu schreiben beschloß. Sein Vorhaben wurde von dem Dogen der Universität Pekin, dem Professor Chen-Tu-Dsin, tatkräftig unterstützt, der im Februar 1917 in einem aufsehenerregenden Artikel unter der Überschrift „Die literarische Revolution“ ein Programm aufstellte, in dem er die folgenden drei Forderungen aufstellte: Verzicht auf die alte aristokratische Literatur und Schaffung einer Volksliteratur; Verwerfung der klassischen Literatur und Schaffung einer realistischen; Vernichtung jeder Literatur, die nur an der Oberfläche der Dinge bleibt und Schaffung einer neuen Literatur, die sich auf das wirkliche Leben und die sozialen Fortschritte der Zeit stützt.

Von nun an erschienen in rascher Folge Übersetzungen europäischer Werke in der Bah-Dua-Sprache. Im Jahre 1918 erklärte sich schließlich auch Wang-Yi-Choo, der größte zeitgenössische Schriftsteller Chinas, für die nationale Sprache. Von jetzt an ging es rasch vorwärts. Gelehrte und Kunstleute protestierten immer zahlreicher in den in Bah-Dua erscheinenden Zeitschriften gegen den alten Kopf und im Laufe von einigen Monaten wurden mehr als 400 Reaktionen gearbeitet, die in der Volkssprache geschrieben wurden. Wie stark diese Bewegung war, geht daraus hervor, daß in kürzester Zeit nicht weniger als 200 Bücher in der Volkssprache veröffentlicht wurden.

Mit dieser Reform ging naturgemäß eine solche der Schrift Hand in Hand. Man weiß, wie kompliziert die chinesische Schrift ist. Jedes Wort wird durch ein besonderes Schriftzeichen dargestellt, das im Laufe der Jahrhunderte beständigen Wechsel unterworfen ist. Um die Werke der verschiedenen Reiterperioden lesen zu können, muß deshalb der chinesische Gelehrte rund 200000 Schriftzeichen beherrschen. Jedes Schriftzeichen wird durch eine bestimmte Zahl von Pinselstrichen zusammengefaßt und oft bedarf es eines Aufwandes von fünfzig solcher Pinselstriche für ein einziges Wort. Die Striche setzen besonders geometrische Formen, die zur Vermeidung von Verwirrung mit ganz besonderer Sorgfalt und Genauigkeit auszuführen werden müssen. Man unterscheidet daher neun verschiedene Arten von Pinselstrichen. Um nun diese Vielfalt der Schriftzeichen nach Möglichkeit zu vereinfachen, haben sich

Keine Erhöhung der Beamtengehälter.

Dem Reichstag ist jetzt die Denkschrift der Reichsregierung zugegangen über die Frage, ob und auf welcher Grundlage die Besoldung der Beamten eine Erhöhung erfahren können. Die Denkschrift kommt zu folgendem Schluß:

1. Die jetzigen Beamtengehälter sind insbesondere auch in den unteren Besoldungsgruppen, sowohl ihren tatsächlichen Beträgen nach als auch gemessen an denen von 1913, ebenso hoch, zum Teil höher als die Besoldung der großen Masse der Arbeiter und Angestellten der Privatwirtschaft. Die jetzigen Gehälter gewährt ihnen der Beamtenstand eine Lebenshaltung, die keineswegs unter der Lebenshaltung der übrigen Arbeitnehmer liegt.

2. Eine allgemeine Hebung des Gehaltes und Lohnniveaus würde bei der durch die heutige Wirtschaftslage gegebenen Beschränkung der Lohnquote nur zu Preissteigerungen führen, so daß die Kaufkraft durch die Gehälter und Löhne doch nicht erhöht werden würde, die Arbeitnehmer also trotz der Hebung der Nominalbeträge ihre Lebenshaltung nicht verbessern könnten.

3. Die Erhöhung der Nominal- (Gold-) Besoldung würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft gegenüber dem Ausland weiter verringern. Die Gefahr von Betriebsbeeinträchtigungen oder der Verminderung der Zahl der Arbeitsplätze würde nähergerückt. Damit würde trotz der Erhöhung der Tariflöhne, unter Berücksichtigung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, das Lohnniveau nicht erhöht, sondern vielleicht sogar herabgedrückt werden.

4. Auch bei einer Gehaltserhöhung für die Beamten allein werden Tarifserhöhungen bei der Reichsbahn-Gesellschaft und Steuererhöhungen erforderlich sein. Erst etwa mögliche und wirtschaftlich zweckmäßige Steuerermäßigungen können aber nicht durchgeführt werden. Diese Tarif- und Steuererhöhung würde sich in eine allgemeine Preissteigerung umsetzen oder es würde eine sonst mögliche, aber wegen der Beamtengehaltserhöhung unterbleibende Steuerermäßigung eine Senkung der Preise verhindern. Jedenfalls würde eine solche Gehaltserhöhung eine Belastung der übrigen Arbeitnehmer darstellen, die sich in mindestens derselben Lage befinden wie die Beamtenschaft.

Obgleich die Reichsregierung die Verantwortung für eine Erhöhung der Beamtengehälter im gegenwärtigen Augenblick nicht übernehmen zu können.

Sicherheitsvorschlag und Entwaffnungsnote.

London, 26. Mai. Die französische Antwort betreffs Auslegung gewisser Punkte im Antwortentwurf an Deutschland auf dessen Sicherheitsvorschlag wird sehr bald im Kabinett zur Erörterung kommen. Die Antwort Frankreichs ist erst gestern eingegangen, es ist deshalb zur Prüfung des sehr komplizierten Schriftstücks nicht genügend Zeit vorhanden gewesen. Die Hauptthesen der britischen Politik in der Frage der deutschen Sicherheitsvorschläge sind bereits in der Rede Chamberlains im Unterhaus auseinandergesetzt worden. Es besteht demnach kein Grund zu der Annahme, daß sie irgend eine Aenderung erfahren werden. Die Dinge sind jetzt so weit gediehen, daß die nach britischer Auffassung wünschenswerten Einzelheiten eingehend werden müssen. Es ist bereits dargelegt worden, daß das deutsche Angebot einen Fortschritt darstellt und die Grundlage für eine Erörterung liefert. Welche Linie jedoch in Hinsicht auf die französische Meinung eingehalten werden wird, ist bis jetzt noch nicht in Erwägung gezogen worden. Es wird allgemein die größte Zurückhaltung hinsichtlich der Ankündigungen zu wachen die verschiedenen Auslegungen der einzelnen Kabinette Anlaß geben könnten, beobachtet.

Wie aus Paris berichtet wird, ist es wahrscheinlich, daß die Vorkonferenz nicht vor kommendem Sonnabend zusammentreten wird, um den Text der an Deutschland zu richtenden Note in der Entwaffnungsfrage festzulegen.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat auch gestern mit den der Regierung nahestehenden Fraktionen verhandelt, um eine möglichst große Mehrheit für den deutsch-spanischen Handelsvertrag zu gewinnen, aber den heute im Reichstag abgestimmt werden soll. Wie der „Volkswagen“ meldet werden die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit für den Vertrag stimmen, den Gegner ist von der Fraktion die Abstimmung freigegeben worden. Wie „V. Z.“ wissen will, sollen etwa 70 Abgeordnete der Deutschnationalen für die Annahme des Vertrages stimmen, während die übrigen bei der strikten Ablehnung verharren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Vätern zufolge beschlossen, bei der Abstimmung in zweiter Lesung Stimmenthaltung zu üben, da sie den Regierungsparteien allein die Verantwortung für die Annahme oder Ablehnung des Vertrages überlassen will.